

Antrag

der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Klare Konzepte für den Bau des Berliner Schlosses

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vorgeschichte

Die Wiedererrichtung des Berliner Schlosses mit der Rekonstruktion der barocken Fassaden wurde nach langer und intensiver öffentlicher Diskussion am 4. Juli 2002 vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen. Am 13. November 2003 bekräftigte der Deutsche Bundestag diese Entscheidung. Die Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ lieferten dabei die Grundlage für die Nutzung des Gebäudes als „Humboldt-Forum“. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz war und ist als Hauptnutzer vorgesehen. Im wiedererrichteten Berliner Schloss und damit in unmittelbarer Nähe zur Museumsinsel sollen die bisher in Dahlem angesiedelten ethnologischen und außereuropäischen Sammlungen gezeigt werden. Nach der ursprünglichen Planung waren 20 Prozent der verfügbaren Fläche für die Nutzung durch Berliner Institutionen wie die wissenschaftliche Sammlung der Humboldt-Universität und die Landes- und Zentralbibliothek Berlin vorgesehen. Weitere 20 Prozent der Fläche waren für eine privat finanzierte und betriebene Hotel- und Kongressnutzung eingeplant.

Infolge einer im Jahr 2005 vorgelegten Machbarkeitsstudie zeigte sich, dass die private Nutzungsvariante, die u. a. auch eine Tiefgarage vorsah, zu erheblichen baulichen Schwierigkeiten und finanziellen Risiken für den öffentlichen Bauherrn könnte. Anfang 2007 legte der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, ein überarbeitetes Konzept zur Wiedererrichtung des Schlosses vor. Dieses Konzept sieht eine rein öffentliche Nutzung vor und verzichtet auf jegliche privatwirtschaftliche Nutzung. Der Wegfall der privaten Nutzung bedeutet jedoch keinen Flächenzuwachs für die öffentlichen Nutzungen, sondern hat zur Folge, dass sich die Baumassen inner-

halb des Schlosskubus reduzieren und dass auf den konstruktiv schwierigen Bau eines zweiten Untergeschosses verzichtet werden kann. Das Konzept des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, sieht darüber hinaus den vorläufigen Verzicht auf eine Überdachung des Schlüterhofes vor. Die Gesamtkosten für die Wiedererrichtung des Berliner Schlosses reduzieren sich dadurch von ursprünglich veranschlagten 670 Mio. Euro auf geschätzte 480 Mio. Euro. In dieser Summe enthalten sind die Kosten zur Rekonstruktion der barocken Schlossfassade in Höhe von 80 Mio. Euro. Diese Summe wird vom „Förderverein Berliner Schloss e. V.“ erbracht werden, der bereits knapp 14 Mio. Euro Spenden bzw. verbindliche Spendenzusagen gesammelt hat. Die Baukosten der Schlossfassade werden erforderlichenfalls vom Bund vorfinanziert.

Mit diesem Entschluss ist die Realisierung des Schlossneubaus in greifbare Nähe gerückt. Im Sommer 2007 soll das Bundeskabinett Planung und Finanzierung des Schlosses beschließen. Die Ausschreibung eines internationalen Architekturwettbewerbs ist für den Spätsommer 2007 noch vor den Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages im Herbst 2007 geplant. Bis dahin gilt es offene Fragen zu beantworten und dringliche Schritte zu veranlassen.

Nutzung

Ein präzises, dem Architekturwettbewerb zugrundeliegendes Nutzungskonzept der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, das über den grundsätzlichen Plan hinausgeht, die außereuropäischen und ethnologischen Sammlungen einziehen zu lassen, liegt bisher der Öffentlichkeit und dem Deutschen Bundestag nicht vor. Insbesondere sind die Schnittstellen zu den wissenschaftlichen Sammlungen der Humboldt-Universität ungeklärt. Ein sich aus den Bedürfnissen der Nutzer ergebendes Bauprogramm bezüglich der Raumgröße und -folge und der benötigten Ausstellungsfläche an Wand und Boden ist ebenfalls noch nicht erstellt worden.

Durch die Aussage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, im April 2007, sich mit 32 Mio. Euro an den Baukosten zu beteiligen und demzufolge nur 5 000 statt der ursprünglich geplanten 12 000 Quadratmeter Fläche zu beanspruchen, ist die Frage nach der Nutzung der Berliner Flächen wieder offen. Im Juni 2007 beschloss der Berliner Senat, dass die Zentral- und Landesbibliothek 4 000 und die wissenschaftliche Sammlung der Humboldt-Universität 1 000 Quadratmeter Nutzfläche erhalten sollen. Es ist offen, ob und in welcher Form die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die durch den verringerten Anspruch Berlins freigewordenen 7 000 Quadratmeter nutzen wird, ob Berlin eine Option zur Vergrößerung seiner Flächen erhält oder ob die Gesamtnutzfläche des Schlosses entsprechend kleiner ausfällt.

Konzept

Es fehlt bisher ein übergreifendes Konzept für die Integration der verschiedenen Einrichtungen in die Gesamtheit des Humboldt-Forums. Dieses Konzept ist dringend gefordert, um ein unverbindliches Nebeneinander verschiedener Nutzungen zu vermeiden. Während ursprünglich ein ausgewogenes Verhältnis der Nutzungsflächen von Stiftung Preußischer Kulturbesitz (60 Prozent der Gesamtfläche), Humboldt-Universität und Landes- und Zentralbibliothek (20 Prozent) und privat bewirtschafteten Theater-, Veranstaltungs- und Begegnungsräumen (20 Prozent) geplant war, droht durch den Wegfall der privaten Nutzung und die Reduzierung der Berliner Fläche auf 10 Prozent der Gesamtfläche eine einseitige museale Gewichtung. Die Funktion des Humboldt-Forums, das Gebäude und die Umgebung auch außerhalb der Öffnungszeiten mit urbanem Leben zu füllen und die integrative und gesellschaftliche Funktion des abgerissenen Palastes der Republik zu ersetzen, sollte an diesem zentralen Platz Berlins erhalten bzw. wiedergewonnen werden.

Architektonische und städtebauliche Planung

Bedeutende architektonische und städteplanerische Grundentscheidungen sind noch nicht gefallen. Es ist z. B. bisher nicht eindeutig geklärt

- wie die vierte Seite des Schlosses, der so genannte Apothekenflügel, gestaltet wird,
- wie die Umgebung um das Schloss gestaltet wird,
- inwieweit es im Inneren des Schlosses architektonische Bezüge zum barocken Original geben soll und auch historische Innenräume rekonstruiert werden sollen,
- ob bis zum Planungsbeginn der Weiterbau der U-Bahn-Linie U 55, die den Hauptbahnhof und den Bahnhof Alexanderplatz miteinander verbinden soll, geklärt ist, damit die beiden Projekte miteinander sinnvoll gekoppelt werden können, und
- ob der Bund die alleinige Zuständigkeit für Planung und Durchführung der Baumaßnahmen innehat.

Finanzierung

Die zu erwartenden Einsparungen durch den Umzug der außereuropäischen Sammlungen sind im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Schlossareal“ der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien 2003 auf 65 Mio. Euro geschätzt worden. Diese Summe setzt sich zusammen aus 45 Mio. Euro Einsparung durch den Verzicht auf die notwendige Sanierung des Dahlemer Museumskomplexes und 20 Mio. Euro Einnahmen durch die Veräußerung der Immobilie. Es gibt jedoch auch Schätzungen, die die in Dahlem notwendigen Investitionen und damit die durch eine Aufgabe des Standortes zu erzielenden Einsparungen weit höher schätzen.

Es ist jedoch unklar, ob die bisher nicht auf Gutachten beruhenden geschätzten Einsparungen realistisch sind und inwiefern sich die Betriebskosten des Schlosses für den Bund durch die verkleinerte Berliner Fläche erhöhen.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Informationszentrum („Humboldt-Box“) soll am Rand des Schlossplatzes errichtet werden. Die Baukosten werden mit zirca 4 Mio. Euro veranschlagt. Es wird der Information über die Geschichte des Schlosses und das Bauprojekt und dem Einwerben von Spenden dienen, aber auch mit Veranstaltungen, Ausstellungen und Workshops im kleinen Rahmen die kommunikative Funktion des späteren Humboldt-Forums vorwegnehmen. So werden der Bund als Bauherr, der Förderverein und die Nutzer in angemessener Weise repräsentiert.

Die genaue Finanzierung der Humboldt-Box ist allerdings derzeit noch offen. Der Förderverein plant, den Bau durch einen privaten Investor finanzieren zu lassen, der sich durch die Nutzung von Werbeflächen refinanzieren will. Hierzu bedarf es der raschen Genehmigung durch den Bund, aber auch der baulichen Genehmigung durch die zuständige Berliner Behörde, die das Projekt seit Jahren verzögert hat.

Der rasche Bau der Humboldt-Box ist dringend vonnöten, um den Förderverein in die Lage zu versetzen, die noch fehlenden Spendengelder auch einzuwerben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bis zum Beginn des Architektenwettbewerbs einen Nutzungsplan vorzulegen,
2. auf eine rasche Entscheidung des Landes Berlin bezüglich der Nutzung der ihm verbleibenden Flächen einzuwirken,

3. zu klären, wie und durch wen die durch den Verzicht Berlins dem Bund zusätzlich zufallenden 7 000 Quadratmeter Fläche genutzt werden sollen oder ob die Gesamtfläche reduziert wird;
4. ein übergreifendes Konzept für das Humboldt-Forum als Ganzes zu entwickeln,
5. dafür Sorge zu tragen, dass es im Schloss genügend öffentliche Räume gibt, die die integrative und kommunikative gesellschaftliche Funktion des Forums und eine Belebung des Ortes auch außerhalb der Öffnungszeiten sicherstellen;
6. die alleinige Zuständigkeit für Planung und Durchführung der Baumaßnahmen beim Bund zu belassen,
7. eine detaillierte und aktualisierte Übersicht über die Finanzierung des Humboldt-Forums vorzulegen,
8. darzulegen, inwieweit und mit welchem Ergebnis die Bundesregierung gemäß dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 Vorschläge einer privat-öffentlichen Finanzierung auf ihre Umsetzbarkeit überprüft und gegebenenfalls Alternativen entwickelt hat,
9. die zu erwartenden Einsparungen durch die Aufgabe des Dahlemer Museumsstandortes mit einem Gutachten zu untermauern und präzise zu beziffern,
10. zu klären, ob und inwieweit sich die laufenden Betriebskosten des Bundes durch die Verringerung des Berliner Flächenanteils erhöhen,
11. sicherzustellen, dass die Kostenbeteiligung Berlins sich analog der von ihm genutzten Flächen auf 10 Prozent der Gesamtkosten beläuft,
12. die Mittel verbindlich in die kommenden Haushalte einzustellen;
13. sich dafür einzusetzen, dass der „Humboldt-Box“ genannte Informationspavillon schnellstmöglich gebaut wird und die folgenden Funktionen erfüllt:
 - Einwerben von Spenden durch den Förderverein Berliner Schloss
 - Information zu Bauprojekt und geschichtlicher Bedeutung
 - Veranstaltung von Ausstellungen und Diskussionen etc. durch die zukünftigen Nutzer,
14. der Errichtung der „Humboldt-Box“ durch einen privaten Investor zuzustimmen und ihm zu gestatten, die Kosten durch die Einrichtung und Nutzung von Werbeflächen zu decken;
15. einen verbindlichen Zeitplan für die Erstellung des Raum- und Nutzungsplanes, den Beginn des Architekturwettbewerbs und den Wiederaufbau des Schlosses vorzulegen.

Berlin, den 3. Juli 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion